

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementpreise

Jährlich	2 50 Mk	1 25 Fr
Halbjährlich	1 25 -	7 - 20 c
Vierteljährlich	8 -	3 - 7 1/2 c

(POSTO INKORRIERT)

EXPEDITIONEN

MOLKENBECK-BRÜNNEL 31, rue du Comte de
Flandre

LONDON: Ross Street, W. Soho Square W
High Street, 121, Islington

NEUMÜNSTER ZÜRICH: Volkstuchhandlung
Für AMERIKA: P. Haas, 308, North 3th Street,
Philadelphia, Pa.

Die Laterne



No.

21.

Preis der Nummer:

20 Pfennig. 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalok.

EXPEDITION: 31, Rue du Comte de Flandre.
Molkenbeck-Brünnel.

Die Laterne



Konkurrenz und Koalition.

Wenn die Arbeiter sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen wollen, sondern sich miteinander verständigen, um gemeinsam ihre Arbeitskraft zu verkaufen, so scheidet das Kapital über Terrorismus, Aufhebung der individuellen Freiheit.

Reden vollends die Arbeiter von der Möglichkeit, die Werkstätten eines ganzen Industriezweigs zu einer einzigen Unternehmung zu verschmelzen und diese Unternehmung durch die frei assoziierten Arbeiter der gesamten Branche gemeinschaftlich betreiben zu

lassen, so lacht man spöttisch über dieses Hirngespinnst!

„Wie wäre es möglich,“ ruft man, „Gewinn und Verlust gerecht zu vertheilen, wo nicht nur die Leistungen so verschieden sind, sondern auch die Anlage der Etablissements, die Naturbedingungen, unter denen gearbeitet werden muss u. s. w.“

..

Es ist also rein unmöglich, sagt Ihr! Gut, dann habt Ihr das Unmögliche möglich gemacht.

..

Wenn nämlich die Arbeiter hier und da ihre Blicke hinter die Coullissen des Kapitals werfen, so entdecken sie mit Erstaunen, dass Dasjenige, was man ihnen platterdings als unmöglich hingestellt, längst und alle Tage genau von denen geschieht, die die Unmöglichkeit behaupten.

..

Bei verschiedenen Anlässen ist zu Tage gekommen, dass das Kapital auf dem Wege der Koalition die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse ganz allgemein normirt, ohne irgendwelche Rücksicht auf die höheren oder geringeren Produktionskosten des einzelnen Produzenten zu nehmen.

..

Die Käufer mögen zu Peter oder zu Paul kommen, Mehl, Fleisch, Brod, Bier, Zucker etc. kosten bei Paul genau so viel als bei Peter, weil die Preise durch Koalition, durch gegenseitigen Vertrag gehalten werden.

..

Dass aber die angeblichen Konkurrenten“, die uns vorreden, die Konkurrenz sei die Seele des Verkehrs, die Bedingung des Fortschritts, sich nicht bloß gegenseitig ihren Preis vorschreiben, sondern auch die Kundschaft selbst unter sich vertheilen,

wie früher eroberte Länder unter Fürstentfamilien vertheilt wurden — das erfährt man nur bei besonderen Gelegenheiten.

..

So hat man neulich erfahren, dass die Schienenfabrikanten durch gegenseitiges Abkommen nur nach einer gewissen Reihenfolge Lieferungen für Bahnen übernehmen dürfen, kein Fabrikant mehr als ihm ein für alle Mal zugewiesen ist.

Ein Gleiches gilt für die Kohlengruben.

..

Jetzt hört man dasselbe von den zehn grossen Lokomotivfabriken Deutschlands.

..

Nach den Statuten ihres Bundes, die die Berliner Volkszeitung jüngst veröffentlicht hat, bilden diese zehn Fa-

briken mit ca. 50,000 Arbeitern und einem Kapital von nahezu einer Milliarde thatsächlich nur noch eine einzige Fabrik.

Borsig und Maffei konkurriren genau ebensowenig mehr miteinander, als Borsig-Chaussée-Strasse und Borsig-Moabit.

Die Bestellungen werden pro rata vertheilt, im Wege der Koalition.

Die Preise werden gleichmässig fixirt, durch Koalition.

Die Löhne, die man zahlt, werden ebenfalls durch die Koalition der Zehn auf ein gemeinsames Mass herabgedrückt.

..

Wozu da noch die Maske von zehn verschiedenen Firmen?

Seid ehrlich und sagt:

„Die deutsche Lokomotivfabrikation ist nur noch ein einziges grosses Unternehmen.“

..

Was folgt für die Arbeiter daraus?

..

Dass sie nur nach einem einzigen Herrn handeln, des Kapitals; eine Mittel- und Tugend, aber durch die Kreditoren klagen und mächtigen Herrn

..

Hörst, Horkost, Müll und wie sie lauschen, sind hochbedauerlicher. Sie handeln nicht frei, sie stehen unter einem höheren Herrn, dem koalierten Kapital.

..

Wären die Arbeiter schon dem kapitalistischen als solchen wider die Arbeit Achtung schuldig, so noch viel weniger dem unversöhnlichen, ungeschickten, rein juristischen existenzüberlebenden, dem Kapital.

Aber wenn sie thut, das aus ihnen allein entstanden und gross geworden ist, nicht schreiben, so können und sol-

ten sie sich wenigstens an ihm ein Beispiel nehmen, welche gewaltigen Dinge mittels Koalition erreicht werden können.

..

Lernen sie dies vom Kapital und wenden sie dies lieber zur That an, so sollen wir dem Kapital gern verzeihen, dass es öffentlich „Konkurrenz“ predigt und heimlich Kreditoren macht.

„Sie predigen öffentlich Wasser Und trinken heimlich Wein.“



In Sachen Kaisers

„Seyn Konflikt die liberale-ständische Presse“ mit dem Kaiser als „Eingesundt“ die machthabende

Erklärung:

„Sitts in Belgien erscheinende „Staatsbema“ von Carl Hirsch, welche sich

als sozialdemokratisches Parteiorgan gerirt, bringt in ihren letzten Nummern masslose Angriffe und Beschuldigungen gegen den Abg. Kayser, weil derselbe für einige Schutzzölle gestimmt hat und sich überhaupt dem bedingten Schutzzoll prinzipiell zu neigt.

Ogleich auch wir den Standpunkt Kayzers in diesen Fragen nicht theilen, müssen wir doch der durch die Laterne ausgesprochenen (?) Behauptung (?) entgegenzutreten, welche Kayser als Abtrünnigen, Verräther und ähnlich bezeichnet. Die Frage „Schutzzoll oder Freihandel“ wurde 1877 auf dem Sozialistenkongress zu Gotha als eine solche dargestellt, die nicht prinzipiell in Haussch und Bogen, sondern von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Auf dem Boden dieser Resolution steht Kayser, er verletzt also nicht das Parteiprogramm; wenn er unseren taktischen Standpunkt, dem System Bismarck unter keinen Umständen irgendwie Geld zu bewilligen, nicht theilt, so ist dies eine abweichende Anschauung,

die keinem denkenden Parteigenossen verwehrt werden kann.

Wir kennen Kayser aus seiner hiesigen Wirksamkeit als tüchtigen und prinzipienfesten Sozialdemokraten und konstatiren deshalb, dass er die Behandlung, welche die „Laternen“ ihm zu Theil werden lässt, durchaus nicht verdient.

Wir nehmen aber zu den Angriffen der „Laternen“ auch öffentlich Stellung, weil die Gefahr vorhanden ist, dass durch solche Auslassungen Verwirrung in unseren Reihen angerichtet und die Einigkeit der Genossen gefährdet wird. Die Parteiorgane im Ausland sind uns nur dann nützlich, wenn sie sich vollständig auf den Boden der deutschen Arbeiterbewegung stellen und nicht durch überflüssige Rommisterie oder Schulmeisterie die Parteidisziplin untergraben, die uns jetzt, nach Zerstörung jeder faktischen Organisation, um so nöthiger ist.

Dresden, 4. Juni 1879.

Herm. Schlüter. Max Kegel."



Unsere Leser wissen, dass wir **genug eine strenge Disziplin als wichtigste Bedürfnis unserer Partei im gegenwärtigen Kampfe gefordert haben und dass wir das Verhalten des Abg. Kaisers nur deswegen tadeln, weil er unseren Gegnern das skandalöse Schauspiel einer Spaltung in einer so wichtigen brennenden Frage, der Kardinalfrage der deutschen Politik, gegeben hat.**

Ob es eine „prinzipielle Frage“ ist für Erhöhung der indirekten Steuern zu stimmen, deren Abschaffung auf unserem Programm steht, diese Frage hat bereits der Breschauer Brief unserer vorigen Nummer zur Sprache behandelt. Hierüber noch ein Wort zu verlieren, erscheint überflüssig, die Vertheidiger Kaisers müssten denn gerade behaupten, Zölle seien keine indirekten Steuern!

Wie es wäre bloß ein taktischer Standpunkt, dem System Bismarck unter keinen Umständen irgendwie „Geld zu bewilligen?“

Was ist denn das: „System Bismarcks?“

Haben wir es denn etwa mit der Person des Fürsten Bismarck dabei zu thun?

!*

Dieser Mann könnte so tugendhaft sein, als er bestialisch ist, so gross an Gesinnung, als er erbärmlich, ein so wundervoller Redner und Staatsmann, aber ein eifriger Plagiator und liederlicher Strolcher ist, so müsste die Sozialdemokratie sein politisches System dennoch auf Schritt und Tritt bekämpfen, weil es mit ihren Prinzipien unversöhnlich ist.

..

Das „System Bismarck“ besteht darin, der Bourgeoisie das arbeitende

Volk zu schrankenloser Ausbeutung widerstandslos preiszugeben, unter der Bedingung, dass dafür die Junker ihr Landmonopol, die Pfaffen aller Konfessionen ihre Pfründen und ihre Klingelbeutel, die Monarchie das Recht über Krieg und Frieden und die Verfügung über Leben und Tod der Unterthanen behalte.

Dieses System ist bankrott, und will, wie alle Bankerotteure, seinen Sturz durch allerlei Kunstmittel möglichst lange hinausschieben.

Und das einzige, das letzte dieser Kunstmittel ist, — wie wir seit sechs Monaten in jeder Nummer unseres Blattes nachweisen — das neue Finanz- und Schutzzollsystem.

Für dasselbe stimmen heißt also nicht etwa bloß für den Fürsten Bismarck, sondern für die Klassenherrschaft eintreten.



Wie ist es möglich, dass hierüber ein „denkender Parteigenosse“ eine „abweichende Meinung“ haben kann!

Mit Vergnügen konstatieren wir, dass die Genossen Kegel und Schlüter für ihre eigenen Personen erklären, dass auch sie „den Standpunkt Kaisers in diesen Fragen nicht theilen.“

Wir hatten nichts Anderes bei ihnen vorausgesetzt, denn das Gleiche hören wir bis jetzt von allen Genossen, mit denen wir mündlich oder brieflich verkehren.

Alle protestiren sie entschieden gegen die Rede und die Abstimmungen Kaisers.

Umgekehrt aber sollen wir den Sozialisten noch kennen lernen, der den Kaiser'schen Standpunkt theilt und die Rechtfertigung desselben übernehmen will.

Wir sind begierig, ihn zu entdecken und stellen ihm alle 32 Seiten der „Laterno“ zur Verfügung, um uns und un-

sere Leser über seine Ideen aufzuklären.

..

Aber nehmen wir einen Augenblick als richtig an, was wir soeben widerlegt haben.

Nehmen wir an, die Haltung, die unsere Vertreter im Reichstag gegenüber den Zollvorlagen einzunehmen hatten und noch haben, sei ihnen nicht von vornherein (mit unerbittlicher Logik) aufgezwungen durch die sozialdemokratischen Prinzipien, durch unser Programm, durch die Kongressbeschlüsse und durch die Wahlkundgebungen des vorigen Jahres — man lese doch gefälligst die Flugblätter nach, die wir überall, (auch in Dresden) damals verbreiteten.

..

Nehmen wir an, die Frage, ob sie der Reichsregierung hunderte von Millionen neuer Steuern — indirekter Steuern — bewilligen sollen, ob sie das Militärsystem mit neuem Volksschweiss

begiessen, das Geld für neue Artillerieregimenter mit anschaffen helfen und so den Krieg, den der Fürst Bismarck vorbereitet, erleichtern sollen, sei für sozialistische Reichsboten keine Prinzipienfrage, sondern wirklich nur eine Frage der "Taktik".

Steht denn etwa damit das Vorgehen Kaisers auch nur im Mindesten besser da?

..

Was ist denn das: "Taktik"?
Taktik ist die Kunst, zu kämpfen, die Lehre, wie man kämpfen muss.
Wie ist die Taktik möglich ohne Disziplin, ohne einheitliches Vorgehen der Führer?

..

Das Ziel der Taktik unserer Partei muss augenblicklich darauf gerichtet sein, die Wirkungen der Ausnahme-gesetze zu vereiteln, den Bestand unserer Partei zu erhalten und zu vergrössern,

und durch eine geschlossene Haltung den zerspaltenen Gegnern zu imponiren.

Kann dieses Ziel noch verfolgt werden, kann von Taktik die Rede sein, wenn einer der Führer sich von seinen Kollegen absondert und auf seine eigene Faust operirt, ja Operationen vornimmt, die gerade das Gegentheil von denen des übrigen Generalstabs sind, also die des letzteren durchkreuzen?

..

Das Vorgehen des Abg. Kaiser war also, selbst wenn er auf dem korrekten Wege gewesen wäre, und die Abg. Bebel, Liebknecht, Bracke etc. auf dem falschen, ein schwerer Disziplinfehler, und diejenigen Genossen, die den Abg. Kaiser angriffen, haben nicht die Parteidisziplin untergraben, wie die Genossen Schlüter und Kegel meinten, sondern im Gegentheil vertheidigt.



Seit zwanzig Wochen ist der Abg. Kaiser fortwährend auf seinen Fehler und die nothwendigen Folgen desselben aufmerksam gemacht worden, und zwar nicht von Unberufenen, sondern von seinen eigenen Kollegen. Aber alle Gründe waren vergeblich. —

Kann man sich dann darüber wundern, dass angesichts einer so hartnäckigen, systematischen Undisziplin vielen Genossen die Galle übergelaufen ist?

..

Denn, um es nochmals zu betonen, von vielen Seiten sind uns Proteste gegen das Verhalten Kaisers zugegangen, welches so wohl die Prinzipien, als die Taktik und Disziplin der Partei auf's Empfindlichste verletzte.

Auch stand die „Laterne“ in dieser Frage nicht allein, sondern die ändern Parteiblätter schrieben in gleichem Sinne.

Dass uns aber kein persönliches Motiv, sondern lediglich die Sache selbst

bei unserem Vorgehen geleitet hat, das haben wir bereits in der vorigen Nummer durch die Aufnahme eines Schreibens eines unserer Reichstagsabgeordneten bewiesen, welcher seinen irrenden Kollegen in Schutz nimmt.

∴

Hatten wir behauptet, Kaiser sei „gekauft,“ sei „ein Reptil“ und dergleichen?

Wir verwahren uns gegen derartige Unterstellungen.

Lediglich hatten wir konstatiert, dass sich Kaiser in seiner Rede und seinen Abstimmungen von der Partei getrennt hatte und mit der Regierungspartei gegangen war.

Ist diese Thatsache bestreitbar!

∴

Nun sagt man uns, dass diese Trennung keine definitive war, dass Kaiser wieder auf unserer Seite steht.

Um so besser für Kaiser!

Hoffentlich wird er in Zukunft sich den Fraktionsbeschlüssen unterwerfen und in Reih und Glied mit den übrigen Vertretern marschieren!



Der Vorwurf der „Renommisterei“ trifft die „Lanterne“ nicht, und sie muss es Denjenigen, auf die er gemünzt zu sein scheint, überlassen, ihn zurückzuweisen.

Was bedeutet aber der Vorwurf der „Schulmeisterei“?

Er ist einfach gegen jede Kritik gerichtet!

Die Partei soll nicht bloß äußerlich, durch das infame Oktobergesetz, mundtot gemacht sein, sondern sich auch innerlich, freiwillig diesem Gesetz anschmiegen!

Sie soll auf das Recht der Kritik verzichten und jeder selbständigen Denkung entsagen!

∴

Wenn dies noch zu Gunsten einer durch die kritische Lage gebotenen Partei diktatur geschähe, so liesse sich nicht viel dagegen einwenden, wir wären sogar die Ersten, unsere Federn bei Seite zu legen und Ordre zu parieren.

Aber nein! Diktatur soll nicht sein; einheitliches Handeln soll nicht sein; der erste beste unserer Handvoll Vertreter masst sich an, nach eigenem Ermessen vorzugehen und arbeitet seinen Kollegen in die Quere, und die Genossen sollen ihn ruhig gewähren lassen, und wenn sie gegen sein Treiben ihre Stimme erheben, so bezeichnen sie „Schulmeisterel!“

Wohin käme die Partei, wenn sie ohne derartige nationalliberale Selbstkastration an sich vollzöge?



Was uns betrifft, so werden wir uns dieser dreisten Anmassung nimmermehr unterwerfen.

Wir gestehen einem Jeden das Recht zu, an Dem, was wir sagen und thun,

frei Kritik zu üben, und wir öffnen sogar unsere Spalten gerne Jedem, der von diesem Recht auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms Gebrauch machen will — ein Beweis, dass die „Lanterne“ sich nicht blos als Parteiorgan „gerirt“, sondern wirklich ein solches ist — aber ebendeshalb werden auch wir selbst dieses Recht jederzeit ausüben.

Hand an dieses Recht legen, hiesse die Wurzel unserer volkstümlichen, wahrhaft demokratischen Bewegung antastan, hiesse allen Intriguen die Bahn öffnen, hiesse Denjenigen Recht geben, welche unseren offenen, mit dem Leben der Nation verwachsenen Kampf zu einer Geheimbündelei herabdrücken wollen.

Schliesslich bemerken wir den Dresdener Genossen noch, dass unser Freund Carl Hirsch schon vor seiner Ausweisung aus Belgien aufgehört hat, Herausgeber der „Lanterne“ zu sein. G.



Aus dem Rheinland

schreibt man uns:

„Seit im Kulturkampf Waffenstillstand eingetreten ist, wird die ganze Macht der bezahlten und freiwilligen Polizeispionage gegen die Arbeiterpartei gerichtet.

Wie man früher hinter den Kaplänen herspitzelte, ihre Briefe unterschlug, ihre Biergespräche aufschrieb und Conduitenlisten über sie führte, genau so macht man es jetzt allen bekannteren Sozialdemokraten, nur mit dem Unterschied, dass man sich uns gegenüber weniger genirt und die Spionage ganz offen und unverschämt betreibt.“

..

„In Aachen ist ein eigener Polizeidienst auf dem Bahnhof zur Abfangung der „Laterna“ eingerichtet worden. Derselbe wird von dem Polizei-Inspektor Lehmann aus Düsseldorf geleitet, da die Regierung in den Eifer der hiesigen Polizei kein genügendes Vertrauen setzt. Lehmann sollte aber in

seinem Gasthof keine Papiere liegen lassen. — —“

..

„In Köln finden jede Woche Haus-suchungen bei allen Genossen statt, bei denen man den Besitz einer verbotenen Zeitung vermuthet. Die fortgesetzte Fruchtlosigkeit dieser Nachforschungen bringt den dortigen Polizeidirektor nachgerade zur Verzweiflung. Er sucht jetzt in den Kasernen!“

„Ein Gleiches wird aus Bonn gemeldet.“

..

„In Elberfeld ist der Untersuchungsrichter mit der „Aufindung der Fäden“ betraut. (Wörtlicher Ausdruck eines „vertraulichen“ Schreibens des Oberprokurators von Düsseldorf.)

Natürlich ergreift er dann die fadenscheinigsten Vorwände zu Haussuchungen, hat aber dabei bis jetzt noch keine Seide gesponnen“

..

„Solingen befindet sich unter einer neuen Art von Belagerungszustand. Man sucht dort beharrlich nach Waffen und zwar nicht in den Waffenfabriken, wo sie zu finden wären, sondern in der Gerberei eines Genossen. Wöchentlich zwei bis drei Mal wird das Haus desselben zernirt und von oben bis unten abgesucht. Dass niemals etwas gefunden wird, scheint als erschwerender Umstand zu dienen, denn seit einiger Zeit werden die Briefschaften, Muster-sendungen etc., die die Firma erhält, von der Post an die Polizei abgeliefert. Man kann sich denken, welche Geschäftsstörung die Folge derartiger Schikane ist!“

„Ronsdorf hat gleichfalls die Ehre von der heiligen Hermandad aufmerksam bedacht zu werden. Der dortige Genosse G. wird stets von einigen Spitzeln begleitet und seine Briefe sind ebenfalls so sicher, als — die Bibel auf dem Altar.

Dies zur Notiz für Alle, die an ihn

etwa freundschaftliche Mittheilungen zu machen hätten.“



Militaria.

Das „Mainzer Journal“ vom 4. Juni meldet aus der frommen Stadt:

„Gestern Nachmittag exerzierte ein Sergeant vom 87. Infanterieregiment mit drei Soldaten im Hofe der Prinz-Karl-Kaserne am Schillerplatze. Derselbe ging dabei in einer Weise zu Werke, dass alsbald die Aufmerksamkeit der angrenzenden Bewohner und deren gerechte Entrüstung erregt wurde. Der Sergeant malträdirte die Soldaten derart, dass es die Zuschauer nicht stillschweigend ansehen konnten und ihm zuriefen, er möge mit seinen Misshandlungen aufhören. Er störte sich aber nicht daran, sondern fuhr fort, seine Untergebenen zu quälen. Damit die Nachbarschaft die Tortur nicht so gut wahrnehmen könne, führte er die drei Opfer an die den Kasernen-

hof von der Münstergasse trennende Mauer und hier scheint er die Aermsten mit Stößen und Schlägen in reichlichstem Masse bedacht zu haben, denn alsbald fiel einer der Soldaten vor Erschöpfung zu Boden und blutete aus einer Kopfwunde... Als die beiden anderen Soldaten nach ihrem Kameraden umschauten, rief ihnen der Sergeant zu: „Lasst den Kerl nur liegen!“ Da der also Gequälte sich aber nicht erhob, scheint es dem eifrigen Instruktor doch „warm“ geworden zu sein, denn er lief plötzlich nach der Kaserne und die beiden anderen Opfer trugen dann ihren Kameraden vom Platze.“

Wie man sieht, hat die gelinde Verurtheilung des Lieutenants Schenk von Geyern die Wuth der Soldatenquäler nur noch mehr angefacht.

Früher, als noch eine sozialdemokratische Presse in Mainz und sonst in Deutschland existirte, mussten sich jene Schinder etwas zurückhalten, weil unsere Organe sie brandmarkten.

Gerade deshalb — merkt Euch das Soldaten! — hat man unsere Blätter unterdrückt und sperrte man unsere Führer ein, gerade deshalb!

Ihr sollt schutzlos der Willkür Eurer Vorgesetzten preisgegeben sein. Dafür gibt man grossmüthig an Festtagen das Leben und die Ehre harmloser Civilisten — Eurer Mitbürger und Ernährer — auch Eurer Willkür preis!

Das ist das Militärsystem Preussens und des deutschen Kaiserreichs.

Wenn Euch dieser Handel gefällt, wohl Euch! Dann seid Ihr gute Reichsbürger.

Wenn er Euch aber nicht gefällt, wenn Ihr glaubt, dass ein Civilist genau so viel werth ist als ein Soldat, und ein Soldat mindestens so viel als ein Offizier, dann seid Ihr schlechte Patrioten, Ordnungsfeinde, Banditen wie wir, und Ihr müsst mit uns — die Logik befiehlt es Euch — gemeinsam

Sache gegen Diejenigen machen, die sich ihre Stiefelsohlen an Euch abwischen!

Das ist die Ordnung!



Aufgepasst!

Der Kanzler lässt seit einiger Zeit durch konservative Blätter für die Idee von »Zwangskassen für Arbeiterpensionen agitieren.



Das ist ein Trümpf, den die Regierung bei den Wahlen ausspielen möchte, um die Stimmen der Arbeiter zu ergattern.

Ist es aber der Regierung Ernst mit diesem Projekt?

Man kann es ungefähr aus der Art schliessen, wie sie für die Invaliden von 1870 gesorgt hat.



Wir haben also hier nur einen ordnären »Wahlköder« vor uns und dürfen auf denselben nicht anbeissen.



Wir erfahren aus sicherer Quelle, dass von konservativer, »arbeiterfreundlicher« Seite Versammlungen einberufen werden sollen, um das Projekt anzupreisen.

Wo dies geschieht, werden die Genossen sich in Masse einfinden und, anstatt der gehofften Zustimmung, einfach erklären:

»Dass die Lage der Arbeiter bei eintretendem Alter und Unglücksfällen allerdings eine unverschuldet traurige ist und dass der Staat die Pflicht hat, durch Gesetze, die das Kapital für jedes Risiko der Arbeitskraft wirksam haftbar machen, diesen Uebelstand zu beseitigen,

»dass aber eine Regierung, die im tiefsten Frieden nicht für das Leben ihrer eigenen Soldaten und Seeleute zu sorgen weiss und die Kriegsinvaliden darben lässt, um die Feldherrn

„reicher zu dotiren, unfähig ist, den
 „Arbeiter gegen die Uebergriffe des
 „Kapitals, dessen brutale Klassenherr-
 „schaft sie repräsentirt, zu verthei-
 „digen.“



Die Wahl in Breslau

rückt immer näher.

Wir haben wohl kaum nöthig, die
 grosse Wichtigkeit dieses Wahlkampfes
 hervorzuheben.

Hier gilt es, eine Festung des Prole-
 tariats zu vertheidigen, nach deren Be-
 sitz es den Liberalen eben so sehr als
 den Konservativen gelüftet.

Ja, die Liberalen haben die Bedeut-
 ung des Breslauer Mandats so gut be-
 griffen, dass sie ihre Politik momentan
 darnach einrichten, es zu erschnappen.

Sie werfen das bekannte demokra-
 tische Mäntelchen um, drücken den
 Handwerkern und Arbeitern die Hände,
 bleiben den Hoffsten und Kanzlersol-
 reeren fern, sprechen von „Volksrechten“;

„unverjährbaren Forderungen der Na-
 tion“ und ähnlichen Dingen, die zur
 Ausstaffung fortschrittlicher Kandi-
 daten alle drei Jahre einmal aus der
 Plunderkammer geholt werden.

Es soll ihnen aber diesmal schwer
 fallen, den Breslauern eine Nase zu
 drehen.

Wir können unsern Lesern mitthei-
 len, dass die Organisation unserer Par-
 tei bereits im ganzen Wahlkreis be-
 endet ist.

Sobald die Wahl ausgeschrieben ist,
 wird das Arbeiter-Wahl-Com-
 itee mit einem Aufruf an die Wäh-
 ler hervortreten und seinen Kandi-
 daten proklamiren.

Es fehlt nur noch eines: Geld.

Wahlen verursachen bekanntlich im-
 mer Kosten, wenn auch glücklicher-
 weise nicht immer 30,000 Mark.

Es ist daher nöthig, dass sich die
 Genossen allerorts für die Breslauer
 rühren.

Die Ehre der Partei steht auf dem Spiel!

Für die Breslauer Wahl sind der Expedition der „Lanterne“ bis jetzt zugegangen:

Von R. J. 1 Fr. — Von einigen Genossen in Brüssel 2 Fr. 50. — Von einer Wette 2 Fr. — Peiser 50 Cm. — Zwei echte Schlesinger 1 Fr.

Zusammen 7 Fr.

Weitere Beiträge werden — auch in Briefmarken — angenommen.

Für den Unterstützungsfond:

Von K. L. 50 Cm. — Von fünf Freunden in London 2 sh. — 2 Fr. 50 Cm. — Von Haar 75 Cm. — Ein Sozialist 50 Cm. — dito 50 Cm.

Zusammen 8 Fr. 44.

Weitere Beiträge sind dringend erwünscht. In Hamburg allein befinden sich noch 12—15 Genossen im Gefängnis.

Die Expedition.